

Parlamentarischer Abend der Landesvertretung Niedersachsen des Verbandes der Ersatzkassen (vdek) am 12. Oktober 2011 in Hannover

„Fokus Gesundheitsversorgung: Mehr Landärzte per Gesetz?“

Eröffnung durch Jörg Niemann, Leiter der Landesvertretung

Sehr geehrte Frau Ministerin Özkan, sehr geehrter Herr Staatssekretär Pott, lieber Thomas Ballast, verehrte Gäste,

ich heiße Sie im Namen des Verbandes der Ersatzkassen und seiner Mitgliedskassen sehr herzlich willkommen zu unserem Parlamentarischen Abend. Gestatten Sie mir zunächst, dass ich Ihnen zum Tod Ihrer Abgeordnetenkollegen Reinhold Coenen und Ralf Briese mein Beileid ausspreche. Ich weiß, wie schwer es fällt, sich in einer solchen Situation wieder dem Tagesgeschäft zuzuwenden. Auch deshalb danke ich Ihnen für Ihr Kommen.

Ich freue mich, dass Frau Ministerin Özkan unserer Einladung gefolgt ist und ein Grußwort sprechen wird. Im Anschluss wird der Vorstandsvorsitzende des vdek, Thomas Ballast, zum Thema „Fokus Gesundheitsversorgung: Mehr Landärzte per Gesetz“ sprechen. Dabei geht es um eine Analyse und Bewertung der aktuellen Gesetzesinitiative der Bundesregierung, mit der das ärztliche Angebot für die Versicherten regional ausgewogener gestaltet werden soll. Etwa um 20.30 Uhr würde ich Sie dann gerne einladen, bei einem Essen mit uns ins Gespräch zu kommen.

Die Ersatzkassen sind mit zusammen mehr als 2,5 Millionen Versicherten in Niedersachsen die größte Kassenart im Land. Als Verband vertreten wir unsere Mitgliedskassen nicht nur auf der politischen Bühne, sondern im unmittelbaren operativen Vertragsgeschäft in allen relevanten Bereichen der Gesundheitsversorgung, von der ambulanten ärztlichen und zahnärztlichen Versorgung über Krankenhausversorgung und Rehabilitation bis hin zum Rettungsdienst und zur Pflege. Diese Aufgaben als größte Kassenart wahrzunehmen, bedeutet für uns eine besondere sozial- und gesundheitspolitische Verantwortung in Niedersachsen, die wir weiterhin mit Engagement und Augenmaß wahrnehmen wollen.

Wir verstehen uns dabei als konsequenter Vertreter der Versicherteninteressen. Die Versicherten wünschen sich als Patienten eine möglichst gute, umfangreiche Versorgung, als Beitragszahler eine Begrenzung der eigenen finanziellen Belastung. Die aus diesen Ansprüchen entwickelten Positionen sind nicht immer populär, basieren aber auf einer fundierten und ehrlichen Expertise. Wir freuen uns, dass wir Gelegenheit haben, Ihnen einige dieser Positionen heute Abend zu erläutern.

Meine Damen und Herren, wir stehen vor wandelnden Anforderungen an die Gesundheitsversorgung. Wir haben im Gesundheitswesen bisher die Neigung gehabt, auf Herausforderungen mit einem „Mehr“ zu reagieren: mehr Angebote, mehr Kapazitäten, mehr finanzielle Mittel. Das wird in Zukunft so nicht mehr gehen können. Denn die Menschen werden natürlich älter, aber sie werden auch weniger. Wir werden deshalb auch über Angebotskonzentrationen reden müssen, über eine bessere Verzahnung von Angeboten, über neue Lösungen. Mehr Geld wird jedenfalls nicht die Antwort sein können.

In Niedersachsen hat das Land auf diese Herausforderungen reagiert und sucht gemeinsam mit allen Beteiligten nach passenden Antworten. Dazu haben Sie, Frau Ministerin Özkan, Herr Staatssekretär Pott, vor knapp einem Jahr das Modellprojekt „Zukunftsregionen Gesundheit“ gestartet. In den drei Modellkommunen wird seitdem eifrig diskutiert und beraten. Ich bin gespannt, welche Antworten gefunden werden und ob es gelingt, vor Ort neue Wege zu gehen, um eine flächendeckende, qualitativ hochwertige und wirtschaftliche Versorgung sicherzustellen. Ich bin überzeugt, dass das Gesundheitswesen insgesamt stabil genug aufgestellt ist, um die Herausforderungen im Sinne der Versicherten erfolgreich zu bewältigen. Die aktuelle Schuldenkrise macht auch deutlich, welche Stärken ein beitragsfinanziertes System hat.

Jeden einzelnen Anbieter können wir dabei nicht zufrieden stellen, weder jetzt noch in Zukunft. Dabei ist es völlig legitim, dass Anbieter ihre Interessen äußern. Allzu gerne und mitunter recht erfolgreich werden dafür aber die vermeintlichen Belange der Patienten vorgeschoben. Hier plädiere ich für einen offenen, aber auch kritischen Umgang mit diesen Botschaften, mit denen ja auch Sie als Abgeordnete regelmäßig konfrontiert werden. Nicht jede enttäuschte Erwartung eines Anbieters ist gleich der Versorgungsnotstand, zu dem er gemacht wird. Und gleichzeitig gibt es bei allen Beteiligten auch die Neigung, bei den erfreulichen Entwicklungen nicht so sehr den Kontakt zu Politik und Öffentlichkeit zu suchen. So war wenig davon zu hören, dass die niedergelassenen Ärzte in Niedersachsen zu den ganz großen Gewinnern der jüngsten Honorarreform zählen. Seit 2009 bekommen die Ärzte im Land mit drei Milliarden Euro mehr als eine halbe Milliarde Euro zusätzliches Honorar. Das bedeutet einen Zuwachs von 22 Prozent. Von solchen Einkommenssprüngen sind diejenigen, die dafür als Beitragszahler aufkommen müssen, weit entfernt.

Nicht nur die Anbieter haben Anliegen, sondern auch die Krankenkassen als Sachwalter der Versicherteninteressen. Ein Beispiel: Die Krankenkassen überprüfen zehn Prozent der Krankenhausrechnungen und jede zweite ist zu hoch. Niedersächsische Krankenhäuser rechnen allein bei den Ersatzkassen im Land im Umfang von jährlich 35 Millionen Euro falsch ab. Die gesetzliche Kuriosität dabei ist: Wenn eine Rechnung überprüft wird und sich dann als richtig herausstellt, muss die betroffene Kasse der Klinik eine Aufwandspauschale von 300 Euro zahlen. Hat das Krankenhaus aber tatsächlich falsch abgerechnet, wird nur der Rechnungsbetrag nachträglich korrigiert, weitere Konsequenzen hat das Haus nicht zu befürchten. Es ist also ohne jedes Risiko, eine zu hohe Rechnung auszustellen. Da ist es kein Wunder: Als wir fünf Prozent der Rechnungen geprüft haben, war jede zweite falsch. Und als wir dann zehn Prozent geprüft haben, war auch jede zweite falsch. Können nicht auch Krankenkassen erwarten, dass Ihnen korrekte Rechnungen gestellt werden und sie nicht immer mehr Versichertengelder für Rechnungsprüfungen ausgeben müssen?

Es wäre schön, wenn ein klein wenig der Aufregung, die unsere Themen oft begleiten, auch für den sorgsamsten Umgang mit Sozialversicherungsbeiträgen übrig bliebe.

Meine Damen und Herren, sie sehen, unsere Themen sind mitunter kontrovers, immer spannend und wichtig, weil sie alle Menschen betreffen. Ich meine, dass der vdek in Niedersachsen mit den Mitgliedern des Landtags, dem Sozialausschuss und auch mit dem Sozialministerium einen guten und sehr fundierten, ernsthaften Austausch pflegt.

Ich freue mich nun darauf, gemeinsam mit unserem Vorstandsvorsitzenden Thomas Ballast diesen Austausch heute Abend mit Ihnen fortzusetzen. Zunächst darf ich aber Frau Ministerin Özkan um ihr Grußwort bitten.